

1976	Ausgegeben zu Bonn am 14. Februar 1976	Nr. 9
------	--	-------

Tag	Inhalt	Seite
15. 1. 76	Bekanntmachung zu Artikel 4 des deutsch-dänischen Abkommens über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-dänischen Grenze	237
15. 1. 76	Bekanntmachung zu Artikel 4 des deutsch-niederländischen Abkommens über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze	238
15. 1. 76	Bekanntmachung zu Artikel 4 des deutsch-schweizerischen Abkommens über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt	239
20. 1. 76	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über Kapitalhilfe	239
21. 1. 76	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Kapitalhilfe	241
23. 1. 76	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Portugal über Kapitalhilfe	242
6. 2. 76	Bekanntmachung des Ubereinkommens über den Beitritt der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zum deutsch-französischen Abkommen vom 19. Januar 1967 über den Bau und den Betrieb eines Höchstflußreaktors in der durch das Zusatzabkommen vom 6. Juli 1971 geänderten Fassung	244

**Bekanntmachung
zu Artikel 4 des deutsch-dänischen Abkommens
über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung
und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen
an der deutsch-dänischen Grenze**

Vom 15. Januar 1976

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat der Regierung des Königreichs Dänemark mit Verbalnote vom 10. Dezember 1975 unter Bezugnahme auf Artikel 4 Abs. 1 des Abkommens vom 9. Juni 1965 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-dänischen Grenze (Bundesgesetzbl. 1967 II S. 1521) in Verbindung mit der Vereinbarung vom 22. Juli/18. August 1975 über die

Zusammenlegung der Grenzabfertigung an dem deutsch-dänischen Grenzübergang Harrislee/Padborg (Bundesgesetzbl. II S. 1402) folgendes mitgeteilt:

Die deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die sich auf die Grenzabfertigung beziehen, gelten nach den Bestimmungen des Abkommens vom 9. Juni 1965 in der auf dänischem Gebiet liegenden Zone für die Grenzabfertigungsstelle am Grenzübergang Harrislee/Padborg wie in der Gemeinde Harrislee.

Bonn, den 15. Januar 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Bekanntmachung
zu Artikel 4 des deutsch-niederländischen Abkommens
über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung
und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen
an der deutsch-niederländischen Grenze

Vom 15. Januar 1976

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat der Regierung des Königreichs der Niederlande mit Verbalnote vom 10. Dezember 1975 unter Bezugnahme auf Artikel 4 Abs. 1 des Abkommens vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze (Bundesgesetzbl. 1960 II S. 2181) in Verbindung mit der Vereinbarung vom 11. September/22. Oktober 1974 über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang Kohlscheid/Bleyerheide (Bundesgesetzbl. II S. 1370) folgendes mitgeteilt:

Die deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die sich auf die Grenzabfertigung beziehen, gelten nach den Bestimmungen des Abkommens vom 30. Mai 1958 in der auf niederländischem Gebiet gelegenen Zone für die Grenzabfertigungsstelle am Grenzübergang Kohlscheid/Bleyerheide wie in der Gemeinde Herzogenrath.

Bonn, den 15. Januar 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Bekanntmachung
zu Artikel 4 des deutsch-schweizerischen Abkommens
über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt

Vom 15. Januar 1976

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft mit Verbalnote vom 9. Dezember 1975 unter Bezugnahme auf Artikel 4 Abs. 1 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (Bundesgesetzbl. 1962 II S. 877) in Verbindung mit der Vereinbarung vom 29. Oktober 1974 über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen am Grenzübergang Wiechs-Dorf/Altdorf (Bundesgesetzblatt II S. 1373) folgendes mitgeteilt:

Die deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die sich auf die Grenzabfertigung beziehen, gelten nach den Bestimmungen des Abkommens vom 1. Juni 1961 in der auf schweizerischem Gebiet gelegenen Zone der Grenzabfertigungsstelle am Grenzübergang Wiechs-Dorf/Altdorf wie in der Gemeinde Tengen.

Bonn, den 15. Januar 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Indonesien
über Kapitalhilfe

Vom 20. Januar 1976

In Jakarta/Indonesien ist am 27. Oktober 1975 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 27. Oktober 1975

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. Januar 1976

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Böll

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über Kapitalhilfe

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Indonesien,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indonesien,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommen ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Republik Indonesien beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Indonesien, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (Frankfurt am Main) für von beiden Regierungen auszuwählende Vorhaben, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist, Darlehen bis zu 100 000 000,— DM (in Worten: Einhundert Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen.

(2) Die gemäß Absatz 1 ausgewählten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen den Vertragspartnern durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung dieser Darlehen sowie die Bedingungen, zu denen sie gewährt werden, bestimmen die zwischen der Regierung der Republik Indonesien und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Indonesien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und

sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Indonesien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Indonesien überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus den Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Darlehen ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Indonesien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Jakarta am 27. Oktober 1975, in zwei
Urschriften, jede in deutscher, indonesischer und eng-
lischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei
unterschiedlicher Auslegung des deutschen und indone-
sischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Kurt Müller
Dr. Franz Klamser

Für die Regierung
der Republik Indonesien
Adam Malik

Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien
über Kapitalhilfe

Vom 21. Januar 1976

In Nouakchott ist am 29. November 1975 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 29. November 1975

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 21. Januar 1976

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Böll

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien
über Kapitalhilfe

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Mauretanien,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Islamischen Republik Mauretanien beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, für den

Ausbau des Flughafens Nema und den Ausbau eines weiteren Flughafens, wenn nach Prüfung ihre Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist, Darlehen bis zu sieben Millionen achthundert Tausend Deutsche Mark aufzunehmen. Von diesem Betrag sind sieben Millionen Deutsche Mark in Ergänzung zu dem mit Regierungsabkommen vom 18. Januar 1975 zugesagten Betrag von 10 Millionen Deutsche Mark für den Ausbau des Flughafens Nema bestimmt.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der Darlehen sowie die Bedingungen, zu denen sie gewährt werden, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, garantiert gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers auf Grund der nach Absatz 1 abzuschließenden Verträge.

Artikel 3

Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Mauretanien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien überläßt bei den sich aus den Darlehensgewährungen ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus den Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich

auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Nouakchott am 29. November 1975 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
Hans Jürgen Wischnewski

Für die Regierung
der Islamischen Republik Mauretanien
Hasni Ould Didi

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Portugal
über Kapitalhilfe**

Vom 23. Januar 1976

In Lissabon ist am 5. Dezember 1975 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Portugal über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 5. Dezember 1975

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. Januar 1976

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Böll

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Portugal über Kapitalhilfe

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Portugal,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Portugal,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Republik Portugal beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Portugal oder von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmern, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben Rio Mondego sowie gegebenenfalls andere geeignete Vorhaben, zum Beispiel Finanzierung von Investitionsvorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen mit dem Ziel der Arbeitsplatzbeschaffung, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist, Darlehen bis zu 70 (siebzig) Millionen DM (Deutsche Mark) aufzunehmen.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Portugal durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung dieser Darlehen sowie die Bedingungen, zu denen sie gewährt werden, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Republik Portugal — soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist — und der Banco de Portugal werden gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung

von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer auf Grund der nach Absatz 1 abzuschließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Portugal stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Portugal erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Portugal überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus den Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Portugal innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenseitige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Lissabon am fünften Dezember neunzehnhundertfünfundsiebzig in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
Joachim Jaenicke

Für die Regierung
der Republik Portugal
José Manuel de Madeiros Ferreira

Bekanntmachung
des Übereinkommens über den Beitritt
der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
zum deutsch-französischen Abkommen vom 19. Januar 1967
über den Bau und den Betrieb eines Höchstflußreaktors
in der durch das Zusatzabkommen vom 6. Juli 1971 geänderten Fassung

Vom 6. Februar 1976

In Grenoble ist am 19. Juli 1974 ein Übereinkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland über den Beitritt der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zum Abkommen vom 19. Januar 1967 (Bundesgesetzbl. II S. 2430) zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und den Betrieb eines Höchstflußreaktors in der durch das Zusatzabkommen vom 6. Juli 1971 (Bundesgesetzbl. II S. 1089) geänderten Fassung unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 7. Januar 1976

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 6. Februar 1976

Der Bundesminister
für Forschung und Technologie
In Vertretung
Haunschild

Übereinkommen
zwischen der Regierung der Französischen Republik,
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien
und Nordirland
über den Beitritt der Regierung des Vereinigten Königreichs
Großbritannien und Nordirland zum Abkommen vom 19. Januar 1967
zwischen der Regierung der Französischen Republik
und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
über den Bau und den Betrieb eines Höchstflußreaktors
in der durch das Zusatzabkommen vom 6. Juli 1971 geänderten Fassung

Convention
entre le Gouvernement de la République française,
le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord
relative à l'adhésion
du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord
à la Convention du 19 janvier 1967
modifiée par l'Avenant du 6 juillet 1971
entre le Gouvernement de la République française
et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
sur la construction et l'exploitation d'un réacteur
à très haut flux

Agreement
between the Government of the French Republic,
the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland
Concerning the accession of
the Government of the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland
to the Convention of 19 January 1967
as amended by the Protocol of 6 July 1971
between the Government of the French Republic
and the Government of the Federal Republic of Germany
on the Construction and Operation of a Very High Flux Reactor

Die Regierung
der Französischen Republik,
die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland

und
die Regierung
des Vereinigten Königreichs
Großbritannien und Nordirland

Le Gouvernement
de la République française
le Gouvernement
de la République fédérale
d'Allemagne

et
le Gouvernement
du Royaume-Uni
de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord

The Government
of the French Republic,
the Government
of the Federal Republic of Germany

and
the Government
of the United Kingdom
of Great Britain
and Northern Ireland;

in Anbetracht des Abkommens vom
19. Januar 1967 zwischen der Regie-
rung der Französischen Republik und

considérant la Convention du
19 janvier 1967 modifiée par l'Ave-
nant du 6 juillet 1971 entre le Gou-

Considering the Convention of
19 January 1967 as amended by the
Protocol of 6 July 1971 between the

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über den Bau und den Betrieb eines Höchstflußreaktors in der durch das Zusatzabkommen vom 6. Juli 1971 geänderten Fassung,

in der Erwägung,

- daß die Präambel zu dem Abkommen vom 19. Januar 1967 in der durch das Zusatzabkommen vom 6. Juli 1971 geänderten Fassung den Wunsch ausdrückt, daß andere europäische Staaten die Möglichkeit erhalten, sich an den von der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam unternommenen Forschungsarbeiten zu beteiligen, bei denen höchste Neutronenflüsse verwendet werden,
- daß das Abkommen vom 19. Januar 1967 in der durch das Zusatzabkommen vom 6. Juli 1971 geänderten Fassung nach seinem Artikel 4 Absatz 1 für dritte Staaten zum Beitritt aufliegt,
- daß nach Artikel 1 Absatz 2 des Abkommens vom 19. Januar 1967 in der durch das Zusatzabkommen vom 6. Juli 1971 geänderten Fassung weitere Gesellschafter in die Gesellschaft des bürgerlichen Rechts „Institut Max von Laue—Paul Langevin“ aufgenommen werden können, sobald der Bau des Reaktors, der dazugehörigen Anlagen und seiner Experimentiereinrichtungen beendet ist,
- daß dieser Bau im Jahre 1972 beendet wurde,
- daß im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland bereits bedeutende Forschungsarbeiten unter Verwendung hoher Neutronenflüsse durchgeführt worden sind,
- daß die Regierung des Vereinigten Königreichs den Wunsch geäußert hat, dem Abkommen vom 19. Januar 1967 in der durch das Zusatzabkommen vom 6. Juli 1971 geänderten Fassung beizutreten,
- daß die Regierung der Französischen Republik und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sich für diesen Beitritt ausgesprochen haben,
- daß der Science Research Council seit dem 1. Januar 1973 tatsächlich auf Grund von Übergangsbestimmungen an den Arbeiten des Instituts teilnimmt,
- daß der Science Research Council einen Betrag hinterlegt hat, der seiner Beteiligung am Kapital des Instituts entspricht, und, entsprechend den Übergangsbestimmungen, für 1973 zwei Zahlungen von

vernement de la République française et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne sur la construction et l'exploitation d'un réacteur à très haut flux,

considérant:

- que le préambule de la Convention du 19 janvier 1967 modifiée par l'Avenant du 6 juillet 1971 exprime le souhait que d'autres États européens puissent participer aux actions de recherche utilisant les très hauts flux de neutrons que la République française et la République fédérale d'Allemagne ont entreprises en commun,
- que la Convention du 19 janvier 1967 modifiée par l'Avenant du 6 juillet 1971, aux termes du paragraphe 1 de son article 4, est ouverte à l'adhésion des États tiers,
- qu'aux termes du paragraphe 2 de l'article 1 de la Convention du 19 janvier 1967 modifiée par l'Avenant du 6 juillet 1971, de nouveaux associés pourront être admis dans la société civile «Institut Max von Laue—Paul Langevin», une fois que la construction du réacteur, de ses installations annexes et de ses dispositifs d'expérimentation sera achevée,
- que cette construction a été achevée au cours de l'année 1972,
- que d'importants travaux de recherche utilisant de hauts flux de neutrons ont déjà été effectués dans le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,
- que le Gouvernement du Royaume-Uni a demandé à adhérer à la Convention du 19 janvier 1967 modifiée par l'Avenant du 6 juillet 1971,
- que le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne se sont montrés favorables à cette adhésion,
- que le Science Research Council est associé effectivement depuis le 1^{er} janvier 1973 aux travaux de l'Institut, selon des dispositions transitoires,
- que le Science Research Council a déposé une somme correspondant à sa participation au capital de l'Institut et qu'il a effectué conformément aux dispositions transitoires, pour 1973, deux versements

Government of the French Republic and the Government of the Federal Republic of Germany on the Construction and Operation of a Very High Flux Reactor;

Considering:

- that the preamble to the Convention of 19 January 1967 as amended by the Protocol of 6 July 1971 expresses the desire that other European States should be able to participate in the research activities using very high fluxes of neutrons which the French Republic and the Federal Republic of Germany have jointly undertaken;
- that the Convention of 19 January 1967 as amended by the Protocol of 6 July 1971 is, in accordance with paragraph 1 of Article 4, open to accession by third States;
- that in accordance with paragraph 2 of Article 1 of the Convention of 19 January 1967 as amended by the Protocol of 6 July 1971, new associates may be admitted to the Institut Max von Laue—Paul Langevin, an association governed by French civil law ("société civile"), once the construction of the reactor, of its associated facilities and of its experimental installations have been completed;
- that this construction was completed during the year 1972;
- that important research work using high fluxes of neutrons has already been carried out in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland;
- that the Government of the United Kingdom has made a request to accede to the Convention of 19 January 1967 as amended by the Protocol of 6 July 1971;
- that the Government of the French Republic and the Government of the Federal Republic of Germany are in favour of such accession;
- that the Science Research Council has been associated *de facto* with the work of the Institut since 1 January 1973 in accordance with transitional arrangements;
- that the Science Research Council has deposited a sum representing its contribution to the capital of the Institut and has made, in accordance with transitional arrangements, two payments of 11,500,000

11 500 000 französischen Franken und 2 500 000 französischen Franken und für 1974 zwei Zahlungen von 12 178 500 französischen Franken und 2 611 944 französischen Franken geleistet hat,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland tritt dem Abkommen vom 19. Januar 1967 zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über den Bau und den Betrieb eines Höchstflußreaktors in der durch das Zusatzabkommen vom 6. Juli 1971 geänderten Fassung, im folgenden als „Abkommen“ bezeichnet, bei; Abschriften des Abkommens in französischer und deutscher Sprache sowie die gleichermaßen verbindliche englische Fassung des Abkommens sind beigefügt.

(2) Der Science Research Council wird neben dem Commissariat à l'Énergie Atomique, dem Centre National de la Recherche Scientifique und der Gesellschaft für Kernforschung mbH als Gesellschafter des „Institut Max von Laue—Paul Langevin“ aufgenommen.

Artikel 2

Die Regierung des Vereinigten Königreichs verpflichtet sich, als Ausgleich für die Kosten, die der Regierung der Französischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland während des Baues und der Inbetriebnahme des Reaktors entstanden sind, dem Science Research Council die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, die es diesem ermöglichen,

a) zum gemeinsamen Nutzen der französischen Gesellschafter und des deutschen Gesellschafters Zahlungen in Höhe von 11 500 000 französischen Franken jeweils am 1. Januar der Jahre 1975 bis 1982 zu leisten; diese jährlichen Zahlungen schließen sich an die bereits für 1973 geleistete Zahlung von 11 500 000 französischen Franken und an die bereits für 1974 geleistete Zahlung von 12 178 500 französischen Franken an. Sie werden entsprechend der Entwicklung des Preisindex für Güter und Dienstleistungen, ausgenommen Lebensmittel, revidiert, den die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für Frankreich in „Les principaux indicateurs économiques“ veröffentlicht. Dabei ist für jede Zahlung die Entwicklung des Preisindex zwischen Juli 1972 und dem Monat Juli des der Zahlung vorausgehenden Jahres zu berücksichtigen;

respectivement de 11 500 000 francs français et de 2 500 000 francs français et pour 1974 deux versements respectivement de 12 178 500 francs français et de 2 611 944 francs français

sont convenus de ce qui suit:

Article 1^{er}

1. Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord adhère à la Convention du 19 janvier 1967 entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne sur la construction et l'exploitation d'un réacteur à très haut flux modifiée par l'Avenant du 6 juillet 1971, ci-après dénommée «La Convention» et dont copies en langue française et en langue allemande sont jointes en annexe, ainsi qu'une version en langue anglaise faisant également foi.

2. Le Science Research Council est admis comme associé au sein de l'«Institut Max von Laue—Paul Langevin» aux côtés du Commissariat à l'Énergie Atomique, du Centre National de la Recherche Scientifique et de la Gesellschaft für Kernforschung m. b. H.

Article 2

En compensation des frais engagés par le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne pendant la période de construction et de mise en fonctionnement du réacteur, le Gouvernement du Royaume-Uni s'engage à mettre à la disposition du Science Research Council les fonds nécessaires pour lui permettre:

a) d'effectuer au profit commun des associés français et allemand des versements de 11 500 000 francs français au 1^{er} janvier de chacune des années 1975 à 1982 inclusive; ces versements annuels s'ajoutent au versement de 11 500 000 francs français déjà effectué pour 1973 et au versement de 12 178 500 francs français déjà effectué pour 1974. Ils seront révisés en fonction de l'évolution de l'indice des prix des biens et services, sauf alimentation, pour la France, tel qu'il est publié par l'Organisation de coopération et de développement économique dans «Les principaux indicateurs économiques». L'évolution de l'indice à appliquer à chaque paiement est celle qui intervient entre le mois de juillet 1972 et le mois de juillet de l'année précédant le paiement;

French francs and 2,500,000 French francs respectively for 1973 and two payments of 12,178,500 French francs and 2,611,944 French francs respectively for 1974;

Have agreed as follows:

Article 1

1. The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland hereby accedes to the Convention of 19 January 1967 between the Government of the French Republic and the Government of the Federal Republic of Germany on the Construction and Operation of a Very High Flux Reactor as amended by the Protocol of 6 July 1971, hereinafter referred to as "the Convention", copies of which are annexed hereto in the French and German languages as well as a text in the English language which shall be equally authentic.

2. The Science Research Council shall be admitted as an associate to the Institut Max von Laue—Paul Langevin, in addition to the Centre National de la Recherche Scientifique, the Commissariat à l'Énergie Atomique and the Gesellschaft für Kernforschung mbH.

Article 2

In compensation for the expenses incurred by the Government of the French Republic and the Government of the Federal Republic of Germany during the period of construction and commissioning of the reactor, the Government of the United Kingdom undertakes to provide the Science Research Council with the necessary funds to allow the latter:

a) to pay, for the joint benefit of the French and German associates, 11,500,000 French francs on 1 January of every year from 1975 to 1982 inclusive; these annual payments will be in addition to the payment of 11,500,000 French francs already made for 1973 and the payment of 12,178,500 French francs already made for 1974. They will be revised to take account of changes in the price index for goods and services, excluding foodstuffs, for France as published by the Organisation for Economic Co-operation and Development in "Main Economic Indicators". The change in the index applicable to each payment shall be that occurring between July 1972 and the July of the year preceding the payment;

- b) zum gemeinsamen Nutzen der französischen Gesellschafter und des deutschen Gesellschafters einen Betrag zu zahlen, der einem Drittel der bis zum 31. Dezember 1972 aus den Betriebsmitteln erworbenen Vermögenswerte entspricht. Die letzte, diesem Betrag entsprechende Zahlung wird am 1. Januar 1975 geleistet und schließt sich an die bereits für 1973 geleistete Zahlung von 2 500 000 französischen Franken und an die bereits für 1974 geleistete Zahlung von 2 611 944 französischen Franken an.
- b) de s'acquitter, au profit commun des associés français et allemand, d'une somme représentant le tiers des valeurs d'actif acquises sur crédits de fonctionnement jusqu'au 31 décembre 1972. Le dernier versement correspondant à cette somme sera effectué le 1^{er} janvier 1975 compte-tenu du versement de 2 500 000 francs français déjà effectué pour 1973 et du versement de 2 611 944 francs français déjà effectué pour 1974.
- b) to pay, for the joint benefit of the French and German associates, a sum representing one-third of the assets acquired up to 31 December 1972 from the operating funds. A final payment on account of this sum will be made on 1 January 1975, taking account of the payment of 2,500,000 French francs already made for 1973 and the payment of 2,611,944 French francs already made for 1974.

Artikel 3

Die nachstehenden Artikel des Abkommens werden wie folgt geändert:

- a) Artikel 1 des Abkommens wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„(1) Der Betrieb des Reaktors, der Gegenstand dieses Abkommens ist, wird einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts übertragen, deren Gesellschafter das Commissariat à l'Energie Atomique, das Centre National de la Recherche Scientifique, die Gesellschaft für Kernforschung mbH und der Science Research Council sind.

(2) Die Gesellschaft, deren Satzung den Regierungen der Französischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland vorliegt,

- trägt den Namen „Institut Max von Laue—Paul Langevin“,
- hat ihren Sitz in Grenoble,
- betreibt den Höchstflußreaktor,
- entfaltet ihre Tätigkeit nur zu friedlichen Zwecken,
- wird von einem hervorragenden, vom deutschen oder britischen Gesellschafter vorge schlagenen Wissenschaftler geleitet,
- verwendet als Amts- und Arbeitssprachen Französisch, Deutsch und Englisch.

Ferner

- können die französischen, deutschen und britischen Mitglieder des Lenkungsausschusses der Gesellschaft nur mit Zustimmung ihrer Regierung ernannt und abberufen werden,
- werden Streitigkeiten zwischen den Gesellschaftern, die nicht

Article 3

Les articles suivants de la Convention sont modifiés ainsi qu'il suit:

- a) L'article 1^{er} de la Convention est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«1. L'exploitation du réacteur objet de la présente Convention est confiée à une société civile dont les associés sont le Commissariat à l'Energie Atomique, le Centre National de la Recherche Scientifique, la Gesellschaft für Kernforschung m. b. H. et le Science Research Council.

2. La société dont les statuts sont déposés auprès des Gouvernements de la République française, de la République fédérale d'Allemagne et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

- est désignée sous le nom d'«Institut Max von Laue—Paul Langevin»,
- à son siège à Grenoble,
- exploite le réacteur à très haut flux,
- n'entreprend d'activités qu'à des fins pacifiques,
- est dirigée par une haute personnalité scientifique proposée par l'associé allemand ou britannique,
- utilise la langue française, la langue allemande et la langue anglaise comme langues officielles et de travail.

en outre:

- Les membres français, allemands et britanniques du Comité de direction de la société ne peuvent être nommés et révoqués qu'avec l'accord de leur gouvernement respectif;
- les litiges survenus entre les associés sont soumis aux gou-

Article 3

The following articles of the Convention shall be modified as follows:

- a) Article 1 of the Convention shall be abrogated and replaced by the following provisions:

„1. The operation of the reactor which is the subject of the present Convention shall be entrusted to an Association governed by French civil law ("société civile") of which the associates shall be the Commissariat à l'Energie Atomique, the Centre National de la Recherche Scientifique, the Gesellschaft für Kernforschung mbH and the Science Research Council.

2. The Association, whose Statutes have been deposited with the Governments of the French Republic, the Federal Republic of Germany and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

- shall be known as the Institut Max von Laue—Paul Langevin;
- shall have its seat at Grenoble;
- shall operate the very high flux reactor;
- shall undertake activities for peaceful ends only;
- shall have as its Director a distinguished scientist nominated by either the British or German associate;
- shall have French, English and German as its official and working languages.

Furthermore:

- the French, British and German members of the Steering Committee of the Association may only be appointed or have their appointments terminated with the approval of their respective Governments;
- any disputes arising between the associates shall be sub-

- gütlich beigelegt werden können, den Regierungen unterbreitet,
- suchen die Gesellschafter für jede Satzungsänderung um die einhellige Zustimmung der Regierungen nach.“
- b) Artikel 2 des Abkommens wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:
- „(1) Die Regierung der Französischen Republik, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung des Vereinigten Königreichs verpflichten sich, jeweils den französischen Gesellschaftern, dem deutschen Gesellschafter und dem britischen Gesellschafter einen jährlichen Zuschuß im Rahmen der hierfür in den Haushaltsplänen der Französischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland und des Vereinigten Königreichs bereitgestellten Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese jährlichen Zuschüsse sind zur Deckung der Betriebskosten des Instituts bestimmt. Diese Kosten werden für das Jahr 1973 auf einen Höchstbetrag der Nettokosten von 65,1 Millionen französische Franken festgesetzt. Dieser Höchstbetrag wird danach jedes Jahr um 5 v. H. gegenüber dem Höchstbetrag des Vorjahres erhöht.
- (2) Die obengenannten Zuschüsse werden zu 34 v. H. von der Regierung der Französischen Republik, zu 33 v. H. von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und zu 33 v. H. von der Regierung des Vereinigten Königreichs getragen. Bei der Festsetzung des Zuschusses jeder Regierung sind bestimmte, von jedem der Staaten im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Gesellschaft erhobene fiskalische Abgaben zu berücksichtigen.
- (3) Erweist sich der in Absatz 1 genannte jährliche Höchstbetrag als für den Bedarf des Instituts unzureichend, so konsultieren die Regierungen einander nach Stellungnahme der zuständigen Organe der Gesellschaft.“
- c) Artikel 3 des Abkommens wird wie folgt geändert:
- Die Worte „der anderen Vertragspartei“ werden durch die Worte „der anderen Vertragsparteien“ ersetzt.
- d) Artikel 4 Absatz 1 des Abkommens wird wie folgt geändert:
- Das an zwei Stellen benutzte Wort „Unterzeichnerregierungen“ wird ersetzt durch „drei Regierungen“.
- vernements lorsqu'ils n'ont pu être réglés à l'amiable;
- les associés demandent l'approbation conjointe des gouvernements pour toute modification des statuts».
- b) L'article 2 de la Convention est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:
- «1. Le Gouvernement de la République française, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement du Royaume-Uni s'engagent à mettre à la disposition des associés français, allemand et britannique respectivement une subvention annuelle dans le cadre des crédits ouverts à ce titre dans les budgets de la République française, de la République fédérale d'Allemagne et du Royaume-Uni. Ces subventions annuelles sont destinées à couvrir les dépenses d'exploitation de l'Institut. Ces dépenses sont, pour l'année 1973, plafonnées, en termes de dépenses nettes, à 65,1 millions de francs français. Ce plafond sera ensuite augmenté de 5 % chaque année par rapport au plafond de l'année précédente.
2. Les subventions mentionnées ci-dessus sont réparties, à raison de 34 % pour le Gouvernement de la République française, de 33 % pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et 33 % pour le Gouvernement du Royaume-Uni. Le montant de cette subvention de chacun des Gouvernements devra tenir compte de certaines recettes fiscales perçues par chacun des États à l'occasion du fonctionnement de la société.
3. Si le plafond annuel mentionné au paragraphe 1 ci-dessus s'avère insuffisant pour répondre aux besoins de l'Institut, les Gouvernements se consulteront après avoir pris l'avis des organes compétents de la société».
- c) Les dispositions de l'article 3 de la Convention sont modifiées ainsi qu'il suit:
- les mots «de l'autre Partie contractante» sont remplacés par les mots «des autres Parties contractantes».
- d) Les dispositions de l'article 4 paragraphe 1 de la Convention sont modifiées ainsi qu'il suit:
- Les mots «Gouvernements signataires», employés à deux reprises, sont remplacés par «trois Gouvernements».
- mitted to the Governments if no amicable settlement can be reached;
- the associates shall seek the unanimous assent of the Governments to any amendment of the Statutes.”
- b) Article 2 of the Convention shall be abrogated and replaced by the following provisions:
- „1. The Government of the French Republic, the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the United Kingdom undertake to make available to the French, German and British associates respectively an annual grant within the framework of the funds allocated under the relevant head in the budgets of the French Republic, of the Federal Republic of Germany and of the United Kingdom. The purpose of these annual grants shall be to cover the operating costs of the Institut. For the year 1973 these costs shall be limited in terms of net costs by a ceiling of 65,1 million French francs. Subsequently this ceiling shall be increased annually by 5 % over that of the previous year.
2. The total amount of the grants mentioned above shall be made available as to 34 % by the Government of the French Republic, 33 % by the Government of the Federal Republic of Germany and 33 % by the Government of the United Kingdom. The amount of the grant made by each of the Governments shall take into account certain fiscal dues levied by each of the States in connection with the activities of the Association.
3. If the annual ceiling mentioned in paragraph 1 above proves insufficient to meet the needs of the Institut, the Governments shall consult each other after having obtained the opinion of the competent organs of the Association.”
- c) The provisions of Article 3 of the Convention shall be amended as follows:
- The words “of the other Contracting Party” shall be replaced by the words “of the other Contracting Parties”.
- d) The provisions of paragraph 1 of Article 4 of the Convention shall be amended as follows:
- The words “signatory Governments” shall be replaced by the words “three Governments” at both places where they appear.

Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens wird wie folgt geändert:

Die Worte „beiden Regierungen“ werden ersetzt durch „drei Regierungen“.

- e) Artikel 5 des Abkommens wird wie folgt geändert:

In Absatz 1 werden die Worte „beiden Regierungen“ ersetzt durch „drei Regierungen“.

Die Absätze 2, 3, 6, 7 und 8 werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„(2) Können sich die Regierungen über die Beilegung einer Streitigkeit nicht einigen, so kann jede von ihnen sie einem Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreiten.

(3) Jede an der Streitigkeit beteiligte Partei benennt einen Schiedsrichter; steht jedoch in einer Streitigkeit eine der Regierungen den beiden anderen gegenüber, so wählen letztere einen gemeinsamen Schiedsrichter. Die so benannten Schiedsrichter wählen einen Angehörigen eines dritten Staates als Obmann, der das Amt des Vorsitzenden des Schiedsgerichts übernimmt und dessen Stimme bei Stimmgleichheit den Ausschlag gibt. Die Schiedsrichter sind innerhalb von zwei Monaten, der Vorsitzende innerhalb von drei Monaten nach dem Zeitpunkt zu bestellen, an dem die Regelung durch Schiedsverfahren beantragt wurde.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf der Grundlage des Artikels 38 Absatz 1 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs. Seine Entscheidungen sind bindend.

(7) Das Gericht bestimmt seine Verfahrensregeln nach Maßgabe des Titels IV Kapitel III des am 18. Oktober 1907 in Den Haag unterzeichneten Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle.

(8) Jede an der Streitigkeit beteiligte Partei trägt ihre eigenen Kosten und, je nach Sachlage, ein Drittel oder die Hälfte der Kosten des Schiedsverfahrens.“

Artikel 4

Alle Fragen, die sich für die französische und die deutsche Regierung aus dem Bau des Höchstflußreaktors und der dazugehörigen Anlagen sowie

Les dispositions de l'article 4 paragraphe 2 de la Convention sont modifiées ainsi qu'il suit:

Les mots «deux Gouvernements» sont remplacés par «trois Gouvernements».

- e) Les dispositions de l'article 5 de la Convention sont modifiées ainsi qu'il suit:

Au paragraphe 1 les mots «deux Gouvernements» sont remplacés par «trois Gouvernements».

Les paragraphes 2, 3, 6, 7 et 8 sont abrogés et remplacés par les dispositions suivantes:

«2. Si les Gouvernements ne parviennent pas à un accord sur la solution d'un différend, chacun des Gouvernements concernés peut soumettre celui-ci à la décision d'un tribunal d'arbitrage.

3. Chaque partie au litige désigne un arbitre; toutefois, si le cas de désaccord oppose l'un des Gouvernements aux deux autres, ces derniers choisissent un arbitre commun. Les arbitres ainsi désignés choisissent parmi les ressortissants d'un État tiers un surarbitre qui assumera les fonctions de Président du tribunal d'arbitrage, avec voix prépondérante en cas de partage. Les arbitres sont nommés dans le délai de deux mois et le Président dans le délai de trois mois, à compter de la date de la demande de règlement par voie d'arbitrage.

6. Le Tribunal d'arbitrage prend ses décisions sur la base des dispositions de l'article 38 paragraphe 1 du Statut de la Cour Internationale de Justice. Ses décisions sont obligatoires.

7. Le Tribunal fixe ses règles de procédure selon les modalités prévues au chapitre III du Titre IV de la Convention signée à La Haye le 18 octobre 1907 pour le règlement pacifique des conflits internationaux.

8. Chaque partie au litige prend à sa charge ses propres frais et, selon le cas, le tiers ou la moitié des frais de la procédure d'arbitrage.»

Article 4

Les rapports entre les Gouvernements français et allemand relatifs aux questions résultant de la construction du réacteur à très haut flux et de

The provisions of paragraph 2 of Article 4 of the Convention shall be amended as follows:

The words "two Governments" shall be replaced by the words "three Governments".

- e) The provisions of Article 5 of the Convention shall be amended as follows:

In paragraph 1 the words "two Governments" shall be replaced by "three Governments".

Paragraphs 2, 3, 6, 7 and 8 shall be abrogated and replaced by the following provisions:

"2. If the Governments cannot reach agreement on the settlement of a dispute, each of the Governments concerned may submit the dispute for decision to an arbitral tribunal.

3. Each party to the dispute shall appoint an arbitrator; nevertheless, if the dispute is between one of the Governments and the other two, the latter shall choose one arbitrator in common. The arbitrators thus appointed shall choose a national of a third State to act as umpire and to assume the functions of Chairman of the arbitral tribunal, with a casting vote in the event of the votes of the arbitrators being equally divided. The arbitrators shall be appointed within two months from the date of the request for a settlement by means of arbitration, the Chairman within three months from that date.

6. The arbitral tribunal shall take its decisions on the basis of paragraph 1 of Article 38 of the Statute of the International Court of Justice. Its decisions shall be binding.

7. The tribunal shall determine its rules of procedure in accordance with Chapter III of Part IV of the Convention for the Pacific Settlement of International Disputes signed at The Hague on 18 October 1907.

8. Each party to the dispute shall bear its own costs and, as the case may be, one-third or one-half of the costs of the arbitral proceedings."

Article 4

Relations between the French and German Governments concerning questions arising from the construction of the very high flux reactor and

ihrem Betrieb bis zum 31. Dezember 1972 ergeben, werden weiterhin nach den Bestimmungen des Abkommens geregelt.

Artikel 5

Beschließen die Regierungen der Französischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens einvernehmlich, eine neue Neutronenquelle mit hohem Fluß für Zwecke ihrer Zusammenarbeit zu schaffen, so wird diese Anlage im Vereinigten Königreich errichtet.

Artikel 6

Artikel 7 des Abkommens vom 19. Januar 1967 und Artikel III des Zusatzabkommens vom 6. Juli 1971 werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„Das Abkommen wird für den Zeitabschnitt geschlossen, der am 31. Dezember 1982 endet. Es wird stillschweigend um jeweils ein Jahr verlängert, falls es nicht unter Einhaltung einer Frist von zwei Jahren gekündigt wird.“

Artikel 7

Dieses Übereinkommen tritt in Kraft, sobald die drei Unterzeichnerregierungen einander vom Abschluß der dazu erforderlichen verfassungsrechtlichen Verfahren unterrichtet haben. Es bleibt für die Dauer des Abkommens in der durch Artikel 6 dieses Übereinkommens geänderten Fassung in Kraft.

Artikel 8

Dieses Übereinkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik und gegenüber der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Übereinkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Vertreter der drei Regierungen dieses Übereinkommens unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Grenoble am 19. Juli 1974 in drei Urschriften, jede

ses installations annexes, ainsi que de leur fonctionnement jusqu'au 31 décembre 1972, restent régis selon les dispositions de la Convention.

Article 5

Si, pendant la durée de la présente Convention, les Gouvernements de la République française, de la République fédérale d'Allemagne et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord décident d'un commun accord de réaliser une nouvelle source de faisceaux intenses de neutrons pour les besoins de leur collaboration, cette installation sera édiflée au Royaume-Uni.

Article 6

L'article 7 de la Convention du 19 janvier 1967 et l'article III de son Avenant du 6 juillet 1971 sont abrogés et remplacés par les dispositions suivantes:

«La Convention est conclue pour la période expirant le 31 décembre 1982. Sauf dénonciation avec un préavis de deux ans, elle sera prorogée d'année en année par tacite reconduction».

Article 7

La présente Convention entrera en vigueur dès que les trois Gouvernements signataires se seront mutuellement informés de l'accomplissement des procédures constitutionnelles nécessaires à cet effet. Elle demeurera en vigueur pour la même durée que la Convention telle que modifiée par l'article 6 ci-dessus.

Article 8

La présente Convention s'appliquera également au Land de Berlin sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République française et au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur de la présente Convention.

EN FOI DE QUOI les représentants des trois Gouvernements, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Grenoble, le 19 juillet 1974 en triple exemplaire en langues fran-

its associated facilities, as well as their operation up to 31 December 1972, shall continue to be governed by the provisions of the Convention.

Article 5

If, while the present Agreement remains in force, the Governments of the French Republic, the Federal Republic of Germany and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland decide unanimously that a new source of intense neutron beams shall be constructed for the purposes of their collaboration, this facility shall be built in the United Kingdom.

Article 6

Article 7 of the Convention of 19 January 1967 and Article III of the Protocol of 6 July 1971 shall be abrogated and replaced by the following provisions:

"The Convention shall remain in force until 31 December 1982. It shall be tacitly extended from year to year unless two years' notice of termination has been given."

Article 7

The present Agreement shall come into force as soon as the three signatory Governments shall have notified each other that the necessary constitutional procedures have been completed. It shall remain in force for the same period as the Convention as modified by Article 6 above.

Article 8

The present Agreement shall also apply to Land Berlin, unless a declaration to the contrary is made by the Government of the Federal Republic of Germany to the Government of the French Republic and to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland within three months from the date of entry into force of the present Agreement.

IN WITNESS WHEREOF, the representatives of the three Governments, duly authorised to this effect, have signed the present Agreement and have hereto affixed their seals.

DONE in triplicate at Grenoble this 19th day of July 1974 in the French,

in französischer, deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

çaise, allemande et anglaise, les trois textes faisant également foi.

English and German languages, each text being equally authentic.

Für die Regierung der Französischen Republik
Pour le Gouvernement de la République française
For the Government of the French Republic
Michel d'Ornano

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne
For the Government
of the Federal Republic of Germany
Sigismund Frhr. v. Braun
Hans Matthöfer

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs
Großbritannien und Nordirland
Pour le Gouvernement
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
For the Government of the United Kingdom
of Great Britain and Northern Ireland
Reg Prentice

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienene Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,50 DM (1,10 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,90 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.